

Die Schweizer Offiziere und der Verteidigungsminister zu Gast in Chur

Wenn das Parlament in Bern über die Zukunft der Armee debattiert, dann wollen deren Offiziere auch mitreden. Deutlich wurde dies an der **Delegiertenversammlung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft** am Samstag in Chur.

► LUZI C. SCHUTZ

E

Einmal mehr ist die Zukunft der Schweizer Armee Gegenstand der politischen Diskussion in Bern. Und einmal mehr gehen die Meinungen über Auftrag, Grösse und Budget weit auseinander. Es war deshalb kein Zufall, dass der neue Vorsteher des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Bundesrat Guy Parmelin, am Samstag die Delegiertenversammlung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG) in Chur mit seiner Anwesenheit beehrte. Direkt nach dem Ski-Weltcup auf der Lenzerheide wechselte der Sportminister seine Rolle und trat im Bündner Grossratssaal als Verteidigungsminister ans Rednerpult, bevor es noch am selben Abend ins Engadin zum Skimarathon und damit wieder zurück zum Sport ging.

Auch eine politische Versammlung

Es war eine eher aussergewöhnliche Gesellschaft, auf welche Parmelin im Grossratssaal in Chur traf: fast alles Männer, fast alle in Uniform – und die Politiker für einmal auf der Zuschauertribüne. Politisch wurde es dennoch unten im Saal. Gemeint sind damit nicht unbedingt die Wahlen für das Präsidium der SOG (Oberst im Generalstab Stefan Holenstein setzte sich gegen Oberst im Generalstab Marcus Graf durch) oder die durchgeführten Abstimmungen, zum Beispiel über die Erhöhung des jährlichen Mitgliederbeitrags von zehn auf 20 Franken (abgelehnt). Politisch wurde es schon ganz zu Beginn der Versammlung in den Grussbotschaften, wobei Armeechef André Blattmann gleich das Gesprächsthema sowohl



Im **Churer Grossratssaal** sprach **Verteidigungsminister Guy Parmelin** zu den Delegierten der **Schweizerischen Offiziersgesellschaft** über die Zukunft der Armee und deren Budget. (FOTO THEO GSTÖHL)

für einen Teil der Versammlung als auch für den anschliessenden Apéro im Neubau des Bündner Kunstmuseums vorgab: Es ging um die sogenannte Weiterentwicklung der Armee (WEA), auf welche sich das Parlament Anfang Woche nach zähem Ringen geeinigt hatte, wobei die Schlussabstimmung noch aussteht. Für Verteidigungsminister Parmelin war der Auftritt vor seinen Offizieren deshalb kein Heimspiel, denn er hatte nicht nur angenehme Botschaften zu überbringen. Es ging hauptsächlich um die Budgetfrage: «Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Armee die nötigen Ressourcen erhält», fing Parmelin an; ein leises Raunen ging aber durch den Saal, als er sofort anfügte, er müsse hier auch noch «einen Kommentar der Regierung anbringen»: «Die Mittel des Bundes sind nicht unend-

lich, und es sind Grenzen zu setzen.» Gerade in der Frage um die Finanzen zeigte sich die SOG, die als wichtigster Militärverband die Interessen von 22 000 Offizieren vertritt, «ungewohnt angriffig», wie die «Neue Zürcher Zeitung» gestern in ihrer Internetausgabe schrieb. So lehnten die Delegierten auch den sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates ab, weil dieser «schwerwiegende Mängel» aufweise, wie es in der Stellungnahme dazu heisst.

Für den Standort Graubünden

Für den Bündner Regierungspräsidenten Christian Rathgeb und den Churer Stadtpräsidenten Urs Marti ging es in ihren Grussbotschaften derweil darum, die versammelten Offiziere sowie den Bundesrat auf die Wichtigkeit des Armeestandorts

Graubünden hinzuweisen. So erklärte Rathgeb nicht nur ausführlich das Bündner Politsystem, sondern betonte auch, dass sich der Grossratssaal in einem ehemaligen Zeughaus befinde; «das ist ein gutes Omen», so Rathgeb. «Der Kanton Graubünden ist derjenige Kanton, der im Laufe des Jahres am meisten auf die Armee angewiesen ist», sagte Rathgeb weiter und meinte nicht nur das World Economic Forum (WEF), sondern auch Armeeeinsätze bei grossen Sportveranstaltungen oder dramatischen Naturereignissen. Marti freute sich derweil nicht nur darüber, dass seine Stadt bereits zum zweiten Mal innerhalb einer Woche vom selben Bundesrat besucht wurde, sondern betonte mit Blick auf Kaserne und Ausbildungsplatz auch: «Wir sind eine sehr armeefreundliche Stadt.»

NACHGEFRAGT

«Graubünden ist sehr wichtig»

BÜNDNER TAGBLATT: Herr Parmelin, Sie sind seit Anfang Jahr Bundesrat und besuchen Graubünden bereits zum dritten Mal. Es scheint Ihnen hier zu gefallen...

GUY PARMELIN: Ja, es ist ein sehr schöner Kanton. Man muss auch wissen, dass Graubünden für die Armee sehr wichtig ist. Und die Armee ist umgekehrt für Graubünden auch sehr wichtig. Wir erhalten deshalb hier viel Unterstützung und pflegen gute Beziehungen zu den Behörden.

Haben Sie selbst in Ihrer Armeezeit auch Dienst in Graubünden geleistet?

Nein, ich habe die Rekruten- und Unteroffizierschule der Infanterie in Freiburg absolviert und war später oft im Wallis und im Kanton Bern im Dienst.

Als Verteidigungsminister konnten Sie den Armeestandort Graubünden aber bereits kennenlernen...

Ich war ja schon letzte Woche hier in Chur und habe mit Stadtpräsident Urs Marti diskutiert. Er hat mir die Gegend hier präsentiert und die Wichtigkeit der Armee für Chur und Graubünden erläutert.

Es gibt aber nicht nur die Ausbildungsstandorte, die Armee leistet jährlich auch einen Einsatz beim World Economic Forum (WEF) in Davos...

Ich meine, das ist eine Win-win-Situation. Die Armee kann von diesem grösseren Einsatz sehr profitieren. Ich war in Davos und habe zusammen mit dem damaligen österreichischen Verteidigungsminister Gerald Klug die Truppe besucht. Regierungspräsident Christian Rathgeb hat mir dort bereits die Zufriedenheit der Bündner Behörden über diese Zusammenarbeit erklärt. Aber man darf nicht vergessen: Über einen solchen Einsatz entscheide nicht ich oder die Armeeführung, sondern das Parlament. Bis jetzt war das aber immer positiv.

Nun finden aktuell wieder politische Diskussionen über die Zukunft der Armee statt, an denen Sie als zuständiger Bundesrat beteiligt sind. Was kann und muss Graubünden davon erwarten?

Das ist zum aktuellen Zeitpunkt sehr schwierig zu sagen. Ich kann sagen, dass wir sehr gute Beziehungen mit den Behörden in Graubünden haben, mit dem Kanton und mit der Stadt Chur. Aber die Armee muss gleichzeitig immer auch analysieren, was sie in Zukunft noch braucht, welche Kaserne und welcher Flugplatz noch nötig sein werden und welche vielleicht nicht. Das hat mein Vorgänger Ueli Maurer schon gemacht, und das machen wir momentan auch weiter. Das ist zwingend dafür, dass die finanziellen Mittel auch gut eingesetzt werden. (LSZ)

Bundesrat Guy Parmelin (SVP) ist seit Anfang Jahr Vorsteher des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). In seinen beiden Eigenschaften als Sport- und Verteidigungsminister besuchte er vergangenes Wochenende Graubünden.

24 Millionen Franken in den nächsten sechs Jahren

In der **Gemeinde Disentis** stehen beträchtliche **Investitionen** an, unter anderem für die Verbauungen im Aclettabach, die auch den Bergbahnen zugutekommen. Deren **Resort-Projekt Catrina verzögert sich** derweil um ein Jahr.

Die Sanierung des Schulhauses und des Sport- und Kulturzentrums; die öffentliche Beleuchtung, die auf die energiesparende LED-Technik umgestellt werden soll; die Gemeindestrassen; die Melioration; die Sanierung der Kanalisation und der Abwasserreinigungsanlagen; die Verbauungen im Aclettabach – was die Gemeinde Disentis in den kommenden sechs Jahren umsetzen will, hat seinen Preis. Auf beinahe 24 Millionen Franken belaufen sich die vorgesehenen Investitionen, netto sind es 17 Millionen Franken, wie das Gemeindeparlament am Freitag vom Vorstand informiert wurde.

Neuer Schwung erhofft

Rund 2,5 Millionen Franken investieren muss die Gemeinde voraussichtlich in das Projekt Aclettabach (BT vom 16. Januar). Die finanzielle Beteiligung der Gemeinde am Verbauungsvorhaben wird seitens der Disentiser Bergbahnen gewünscht, deren Boden für das geplante Resort Catrina danach aus der Gefahrenzone genommen werden könnte. Marcus Weber, Hauptaktionär und Investor der Bergbahn-AG, informier-

te das Gemeindeparlament am Freitag über die Pläne der Gesellschaft. Durch den Rückgang der Anzahl bewirtschafteter Betten im Ort hätten sich auch die Frequenzen der Bahnen markant reduziert, erklärte Weber. Mit dem Resort gebe es 700 bewirtschaftete Betten, was dem Tourismus neuen Schwung verleihe.

Komplexe Verfahren

Allerdings wird es etwas länger dauern als gedacht, bis diese zusätzlichen Betten zur Verfügung stehen: Wegen komplexer Bewilligungsverfahren und der Arbeiten an der Aclettabach-Verbauung verspätet sich das Resort-Vorhaben. Der Baubeginn ist gemäss Weber für 2017 statt für 2016 geplant. Das Beschneiungsprojekt der Bahnen verzögert sich auch; der Grund sind Einsprachen der Umweltverbände. Weber hofft, die Beschneigung 2018 realisieren zu können, im gleichen Jahr wie die Skigebietsverbindung nach Sedrun. «Wobei beides länger gehen kann, falls die Umweltverbände gerichtlich dagegen vorgehen.»

Beschlüsse gefällt hat das Parlament zum Thema Abwasser: Dessen



Investor **Marcus Weber** hat das Disentiser Gemeindeparlament über die Pläne und Projekte der Bergbahnen orientiert. (FOTO OLIVIA ITEM)

Entsorgung müsste durch die jährlichen Gebühren finanziert werden können, doch von 2003 bis 2014 hat der laufende Betrieb laut Mitteilung ein Defizit von gut zwei Millionen Franken verursacht. Dieses Minus wurde teils durch Anschlussgebühren gedeckt, die aber eigentlich für Investitionen gedacht wären. Deshalb hat das Parlament entschie-

den, die Grundgebühren um 50 Prozent und die Mengengebühren von 50 auf 75 Rappen pro Kubikmeter Wasser anzuheben. Mit diesen zusätzlichen Einnahmen ergebe sich mittelfristig eine ausgeglichene Betriebsrechnung, heisst es in der Botschaft zur Vorlage. Später brauche es aber erneut eine Gebührenerhöhung. JANO FELICE PAJAROLA

Umbenennung der Gemeinde erfordert Zeit

KLOSTERS-SERNEUS Im Nachgang zur Eingemeindung von Saas in Klosters-Serneus soll die Gemeinde nur noch Klosters heissen. Eine entsprechende Motion, eingereicht von Albert Gabriel (FDP), wurde vom Gemeinderat vor gut zwei Wochen mit 9:6 Stimmen für erheblich erklärt (im BT). Der Gemeindevorstand ist somit beauftragt, einen Vorschlag respektive eine hieb- und stichfeste Begründung für die Namensänderung zuhanden des Gemeinderats auszuarbeiten. Erklärt sich dieser mit dem Vorschlag einverstanden, kann er dem Stimmvolk unterbreitet werden.

Laut Michael Fischer, Gemeindeschreiber von Klosters-Serneus, kann sich die Ausarbeitung eines Vorschlags jedoch bis nach den Sommerferien hinziehen. Denn schliesslich hat sich der Gemeindevorstand auch mit den rechtlichen Aspekten einer Namensänderung auseinanderzusetzen. Im Vertrag über die Eingemeindung, die erst seit 1. Januar dieses Jahres in Kraft ist, ist nämlich unmissverständlich festgehalten, dass der Name und das Wappen der um eine Fraktion erweiterten Gemeinde Klosters-Serneus beibehalten würden.

Eine Änderung des Vertrages so kurz nach der erfolgten Eingemeindung würde zudem eine Verfassungsänderung notwendig machen, und eine solche wiederum erfordert die Zusage der Regierung. «Im Rahmen der Ausarbeitung eines Vorschlages setzt sich der Gemeindevorstand daher auch schon mit der Regierung in Verbindung», so Fischer. (KE)